

Haushalt

Nicht jammern, denken!

Die Sanierung der Kommunalfinanzen muss auch auf der Einnahmenseite ansetzen

Von Prof. Dr. Stefan Bajohr

Viele Kommunen klagen über das Kaputtsparen, zu dem sie gezwungen seien. Dabei ist das, was viele Städte derzeit tun, ein Kaputtverausgaben. Die neue Gemeindefinanzkommission wird über höhere Steuern nachdenken müssen, meint der frühere kommunale Sparkommissar Stefan Bajohr.

Das Spiel ist unfair!“ Laut ertönt der Ruf kommunaler Funktionsträger und ihrer Spitzenverbände nach finanzieller Unterstützung der Städte durch Bund und Länder. Anhand eindrucksvoller Rechenbeispiele zeigen sie auf, in welcher dramatischer Situation sich viele Kommunen befinden. Die Belastungen seien so immens, dass ohne Kassenkredite manchenorts nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben erfüllt werden könnten.

In der Tat bewegen sich viele Kommunen am Rande des finanziellen Abgrundes. Nicht wenige haben die Grenze zur bilanziellen Überschuldung bereits überschritten. Aktueller Verstärker der Nöte ist die Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die einen tiefen Einbruch der Gewerbesteuern und einen sprunghaften Anstieg von Sozialtransfers verursacht hat. Im vergangenen Jahr verhandelten diese Faktoren auch die Bilanzen solcher Kommunen, die bis dato nicht schlecht dastanden. Die Krise hat die budgetären Schwierigkeiten der Kommu-

nen allerdings nicht verursacht, sondern bloß gesteigert. Bereits davor befanden sich etliche Kommunen in finanziellen Nöten, obwohl die Konjunktur sich seinerzeit in einer Schönwetterperiode befand. Dies weist darauf hin, dass die Haushaltsprobleme struktureller Art sind und andere Faktoren ursächlich sein müssen als die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise.

Eine dieser Ursachen ist die jahrzehntelange Verletzung des Konnexitätsprinzips. Sie ist jedoch quantitativ nicht die wichtigste. Selbst wenn die notleidenden Kommunen vollumfänglich schadlos gestellt würden (was angesichts der dann bei Bund und Ländern aufbrechenden Haushaltslöcher nicht zu realisieren ist), hätten sie dennoch beachtliche Defizite zu bewältigen. Viele Kommunen, denen Überschuldung droht oder die bereits überschuldet sind, haben es nicht verstanden, sich rechtzeitig auf den Bevölkerungsrückgang einzustellen. Statt ein ebenso kostenträchtiges wie nutzloses Nullsummenspiel um mehr Einwohner zu veranstalten, müssten sie endlich ihr Personal und die Infrastrukturen an die rückläufige Bevölkerungszahl anpassen. Welche Kommune hat diese Chance zur Kostensenkung bisher angenommen? Lieber wird vom „Kaputtsparen“ geredet, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass das, was viele Städte tun, ein „Kaputtverausgaben“ ist, für das kommende Generationen teuer bezahlen müssen.

Das Wort vom „Kaputtsparen“ ist Ausdruck erschreckender Denkfaulheit: Wer sagt denn, dass ein Rückzug der Gemeinde zur vollständigen Schließung von Sport-



Stefan Duls

plätzen, Schwimmbädern oder Theatern führen muss? Als Alternative zur Vollfinanzierung solcher Einrichtungen aus öffentlichen Mitteln kommt zum Beispiel deren Überführung in andere Rechtsformen in Betracht. Neuerdings ermöglicht das Genossenschaftsrecht den Betrieb und vor allem die demokratische Selbstverwaltung sozialer und kultureller Einrichtungen. Dass sich in dieser Richtung kaum etwas bewegt, offenbart, wie sehr der bequeme Griff in die fortwährend durch Kassenkredite aufgefüllten Stadtsäckel die bürgerschaftliche Initiative lähmt. Dass deshalb viele Städte nicht mehr ihren Bürgerinnen und Bürgern gehören, sondern großen Kapitalsammelstellen, machen sich nur wenige klar. Achtung des Konnexitätsprinzips und strikte Ausgabenreduktionen

werden dennoch kaum ausreichen, damit die Kommunen ihre volle Handlungsfreiheit zurückgewinnen können. Hierzu bedarf es in der Tat einer besseren Finanzausstattung, die von der unlängst auf Bundesebene gebildeten „Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen“ leider nicht zu erwarten ist. Das macht schon deren Aufgabenstellung klar: Suche nach einem aufkommensneutralen Ersatz für die Gewerbesteuer, Prüfung eines höheren kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer und die Erkundung der Möglichkeit von Zuschlägen auf die Einkommensteuer – ein Konzept, das ursprünglich für die Länder entworfen wurde, aber längst im Altpapiercontainer gelandet ist. Eine Torte wird nicht dadurch größer, dass man die Stücke anders portioniert.

Das Grundproblem ist, dass weite Teile der Politik die Bürgerschaft über die wahren Kosten öffentlicher Leistungen im Unklaren lassen und sogar Steuersenkungen propagieren. So entsteht die Illusion, qualitativ hochwertige öffentliche Leistungen ließen sich trotz einer im internationalen Vergleich niedrigen gesamtwirtschaftlichen Steuerquote solide finanzieren. Will sich die „Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen“ ernst nehmen, dann muss sie sich des Themas Steuermehreinnahmen widmen.

Dabei sollte das von der Gewerbesteuer geknüpfte Band zwischen Unternehmen und Gemeinden nicht zerschnitten werden. Im Gegenteil: Die Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer könnte gemildert werden, wenn deren Bemessungsgrundla-

ge erweitert würde. Auch die Kommunen sind gefordert: Sie müssen ihre Gewerbesteuerhebesätze steigern, um an die Stelle des bisher üblichen Dumpings zu Lasten der Nachbargemeinden ein verantwortbares und glaubwürdiges Sanierungskonzept zu setzen. Deutliche Anhebungen der Grundsteuerhebesätze sind unverzichtbar. Sie wirken sozial gestaffelt, belasten Wohngeldempfänger nicht und stellen die Bereitschaft der Einwohner unter Beweis, kommunale Angebote und Leistungen angemessen zu vergüten. Vor allem aber muss die Bundespolitik die Anhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer ernstlich erwägen. Solch ein Schritt kann die Finanzkrise der Kommunen in sozial gerechter Weise und dauerhaft beheben, sofern die Mehreinnahmen allein den kommunalen Haushalten zufließen. Unverzichtbar ist dabei, Sicherungen gegen aufkommende Begehrlichkeiten kommunaler Politik einzubauen: Die Mehreinnahmen sind verbindlich für Zwecke des Schuldendienstes zu verwenden. Dann besteht eine echte Chance zur Rückgewinnung kommunaler Selbstverwaltung. //

Der frühere Politiker und heutige Hochschuldozent Stefan Bajohr zählt zu den profiliertesten Vordenkern kommunaler Finanzen in Deutschland. Von 2008 bis 2009 war Bajohr als „Mentor“ bei der hochverschuldeten Stadt Hagen tätig, um die Sanierung des städtischen Haushalts zu steuern.

bajohr@phil-fak.uni-duesseldorf.de